

FRAKTIONSBECHLUS VOM 25.09.2018

» GRÜNER AKTIONSPLAN GEGEN PLASTIKMÜLL



Unser Planet ist voller Plastik, überall. Ob im Eis der Antarktis, in den Quellbächen der Hochgebirge oder in den Meeren – selbst in den abgelegensten Ecken der Welt, weitab von Zivilisation, lässt sich Plastik nachweisen. Jedes Jahr landen weltweit mindestens 32 Millionen Tonnen Plastik in der Umwelt, 5 bis 13 Millionen Tonnen davon gelangen in die Meereⁱ. In einem erschreckenden Tempo werden die Ozeane zum Endlager für unseren Plastikmüll. Geht es so weiter, schwimmt im Jahr 2050 mehr Plastik als Fisch im Meer. Dem größten Lebensraum unserer Welt droht die unwiderrufliche Verschmutzung.

Die zunehmende Verschmutzung von Wasser, Böden und Luft mit Mikroplastik kann zur Gefahr für unsere Gesundheit werden. Über Fische, Meeresfrüchte, Salz, Plastikflaschen oder Bier nehmen wir Mikroplastik mit der Nahrung auf. Selbst die Raumluft ist voll von winzigen Plastikpartikeln. Erste Studienergebnisse zeigen, dass Nanoplastik übers Blut ins Gehirn von Fischen vordringen kann.ⁱⁱ Das gibt auch für die menschliche Gesundheit Anlass zur Sorge. Die gesundheitsschädigenden Wirkungen von einigen Zusatzstoffen im Plastik sind bereits nachgewiesen, sie können Herz-Kreislauf-Erkrankungen und hormonelle Veränderungen zur Folge habenⁱⁱⁱ.

Durch Mikroplastik reichern sich Gewässer stärker mit Schadstoffen und Bakterien an, Forscher warnen davor, dass Mikroplastik etwa in der Ostsee während Hitzeperioden die Verbreitung von Durchfall auslösenden Bakterien begünstigen kann, die sich auf der Oberfläche der Plastikpartikel anreichern^{iv}. Letztlich trägt die Verschmutzung der Erde mit Plastik auch zur Klimakrise bei, denn der Zerfall von (Mikro)Plastik setzt hochwirksame Treibhausgase wie Methan frei.^v

Wir müssen das Vorsorgeprinzip ernst nehmen und jetzt handeln, statt die Beseitigung des weiter wachsenden Plastikbergs allein unseren Kindern und Enkelkindern aufzubürden. Seit den 1960er Jahren ist die weltweite Kunststoffproduktion auf das Zwanzigfache angestiegen. Ein Ende dieser Produktionsexplosion ist nicht in Sicht. Die EU-Kommission geht davon aus, dass sich die hergestellte Menge an Plastik in den kommenden 20 Jahren verdoppeln wird, wenn wir die Rahmenbedingungen nicht ändern.

Plastik ist für viele Anwendungen ein sinnvoller und vielseitiger Werkstoff. Es ist aber irrsinnig, dass extrem langlebige und haltbare Kunststoffprodukte teilweise nur für wenige Tage oder gar Minuten im Einsatz sind. Vor allem Einwegverpackungen und andere Wegwerfprodukte aus Plastik verschwenden wertvolle Ressourcen und verschmutzen bei unsachgemäßer Entsorgung die Natur. Auch in Deutschland. Jährlich fallen bei uns pro Kopf 220,5^{vi} Kilogramm Verpackungsabfall an, davon sind 37,6 Kilogramm Plastikmüll. Damit ist Deutschland das europäische Schlusslicht bei der Vermeidung von Verpackungsmüll.

Die Vermüllung unserer Natur mit Plastik ist wie die Klimaerhitzung und das dramatische Artensterben eine der größten globalen Umweltkrisen, die vor allem durch unsere Art zu leben und zu wirtschaften verursacht werden. Halbgare Ankündigungen, unverbindliche Aktionspläne, und eine Politik der Trippelschritte reichen nicht aus, um diese Krisen zu bewältigen.

Wir brauchen eine Offensive der Bundesregierung für eine Umwelt ohne Plastikmüll und ein gemeinsames Handeln mit Europäischer Kommission, Umweltorganisationen, Forschungsinstituten, chemischer Industrie und Abfallwirtschaft.

Insbesondere fordern wir von der Bundesregierung ein Ende der Widerstände gegenüber den Vorschlägen der Europäischen Kommission für eine Plastikstrategie. Als konkrete Maßnahme hat die EU-

Kommission im Rahmen dieser Strategie bereits einen Vorschlag zum Verbot bestimmter Einwegartikel aus Plastik vorgelegt und auch einen Weg zur Steigerung von Plastikrecycling vorgeschlagen. Im Gegensatz dazu fehlt es der Bundesregierung völlig an politischem Willen und konkreten Vorschlägen, um die Flut an Plastikmüll einzudämmen.

Die Bundesregierung hat sich viel zu lange auf der vermeintlichen Vorreiterrolle des Recyclingweltmeisters Deutschland ausgeruht. Strategien zur Müllvermeidung und den Ausbau der Recyclingkapazitäten hat sie komplett verschlafen. Die Verantwortung für nachhaltigen Konsum und Vermeidung von Abfall darf nicht nur auf die Verbraucher*innen abgewälzt werden. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, einen verlässlichen und ambitionierten Rahmen für besseres Recycling und die Reduzierung des Plastikmülls zu schaffen. Auch die Hersteller und Händler müssen ihrer Verantwortung für die Vermeidung von Kunststoffabfällen gerecht werden. Die Strategie der Bundesregierung, auf freiwillige Maßnahmen der Industrie zu setzen, ist gescheitert.

Große Probleme erfordern große Lösungen – und eine Politik aus einem Guss, die endlich den Schutz unserer Lebensgrundlagen in den Mittelpunkt stellt.

Ein zentraler Hebel dafür ist, dass bestehende finanzielle und ökonomische Fehlanreize beseitigt werden und mehr Kostenwahrheit dafür sorgt, dass Ex-und-hopp sich nicht weiter lohnt. Dafür müssen eine Reihe von Stellschrauben justiert werden, angefangen vom Abbau der umweltschädlichen Subventionen für den Rohstoff Erdöl, über die Ausgestaltung von Entsorgungsgebühren zu wirksamen Ressourcenabgaben bis hin zu Lenkungsabgaben auf Produkte, zu denen es längst bessere, abfallfreie Alternativen auf dem Markt gibt. Das Zusammenspiel dieser unterschiedlichen ökonomischen Ansätze ist die Voraussetzung dafür, dass Vorgaben zur Abfallvermeidung und zum Recycling überhaupt wirksam greifen können.

1. PLASTIKMÜLL VERMEIDEN, WO IMMER ES GEHT

Der erste Schritt hin zu einer echten Kreislaufwirtschaft lautet: Abfälle vermeiden, wo immer dies möglich ist. Aber obwohl das europäische Abfallrecht genau das vorsieht, wächst der Müllberg immer weiter. Auch in Deutschland steigt das jährliche Abfallaufkommen kontinuierlich an. Wir wollen diesen Trend umkehren und das Gesamtaufkommen an Verpackungsmüll bis 2030 in Deutschland halbieren – auf 110 Kilogramm pro Kopf. Müll aus Plastikverpackungen soll dann nur noch mit 18 Kilogramm pro Kopf zum Gesamtaufkommen an Verpackungsabfall beitragen.

Vieles wird in viel mehr Plastik verpackt, als eigentlich nötig wäre. Wir setzen auf verbindliche Vorgaben für Hersteller und Handel, damit sie zum Beispiel vermehrt auf materialsparende Nachfüllbeutel setzen anstatt auf massive Plastik-Einwegflaschen und damit sie auf Doppelt- und Dreifachverpackungen verzichten. Auch überdimensionierte Schummel-Verpackungen, in denen Verbraucher*innen viel Luft und wenig Inhalt angedreht wird, gehören abgeschafft. Wir unterstützen die Initiative der EU-Kommission, bestimmte Wegwerfprodukte aus Plastik zu verbieten. Dies ist ein erster notwendiger Schritt, dem noch weitere folgen müssen. Wir wollen Wegwerfprodukte konsequent durch Mehrweglösungen ersetzen, denn Einwegalternativen aus beschichtetem Papier oder Kunststoffen aus nachwachsenden Rohstoffen sind häufig nicht umweltfreundlicher als das Plastik-Wegwerfprodukt. Insbesondere für Strohhalme gilt es Mehrweglösungen zu entwickeln, die Abfall vermeiden und den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden, für die Trinkhalme unverzichtbar sind.

Für Wegwerfprodukte, die von den Verbotsvorschlägen der EU-Kommission nicht erfasst sind, wollen wir eine Abgabe einführen. Diese würde dann zum Beispiel für Plastiktüten, Coffee-To-Go-Becher und Take-Away-Essensverpackungen gelten. All diese Maßnahmen nützen auch den Verbraucher*innen.

Denn je weniger Müll anfällt, desto weniger kann in der Umwelt landen und desto geringer sind die Kosten für die Entsorgung.

Erste kleine Erfolge gibt es bei Plastiktüten. Der Verbrauch hat sich in den letzten Jahren mehr als halbiert. Allerdings wurden 2017 in Deutschland immer noch 2,4 Milliarden Plastiktüten umgesetzt. Das ist zu viel. Auch die dünnwandigen Plastiktütchen an den Obst- und Frischetheken müssen konsequent reduziert werden. Freiwillige Selbstverpflichtungen des Handels reichen nicht aus.

Einen erheblichen Anteil am Verpackungsmüll hat neben dem zunehmenden Onlinehandel auch der Trend „to go“, zum schnellen Konsum unterwegs. Es ist gut, dass viele Menschen schon jetzt bewusst darauf setzen, auch unterwegs ihren Mehrweg-Kaffeebecher auffüllen zu lassen oder sich an der Frischetheke die Waren direkt in eine wiederverwendbare Dose füllen zu lassen.

Dass bei der Vermeidung von Plastik vieles möglich ist, zeigen auch die Unverpackt-Läden, die quer durch die Republik an vielen Orten eröffnen. In vielen Kommunen arbeiten Handel und Politik an lokalen Pfand-Lösungen. Grüne Umweltminister*innen und Stadträt*innen haben beispielsweise Refill-Kampagnen organisiert. Die Bundesregierung muss Kommunen und Handel dabei unterstützen, praktikable und rechtssichere Lösungen zu finden, ohne dass die Hygiene leidet.

2. PFANDCHAOS BEENDEN, MEHRWEG STÄRKEN

Wir haben in Deutschland ein einmaliges und gut ausgebautes Mehrwegsystem. Dies wollen wir stärken, denn viele umweltschädliche Einwegverpackungen lassen sich einfach durch umweltfreundliche Mehrweglösungen ersetzen. Dazu kommt: Die meisten Einwegflaschen sind aus Plastik, das Chemikalien und Mikroplastikpartikel freisetzen kann. Glas-Mehrwegflaschen bieten dagegen einen besseren Schutz für Getränke und setzen keine Giftstoffe frei.

In den letzten Jahren ging der Trend allerdings zu immer mehr Einweg-PET-Flaschen, Getränkedosen und Mini-Dosen bis 150 ml – der Berg aus Einwegverpackungen wächst rasant. Der Mehrweganteil liegt nur noch bei rund 43 Prozent und unterschreitet die unverbindliche Zielvorgabe von 70 Prozent im Verpackungsgesetz deutlich. Das bedroht nicht nur das Mehrwegsystem, sondern auch den deutschen Mittelstand wie etwa kleine Privatbrauereien und den Getränkehandel. Die Branche rechnet damit, dass die Zunahme von Einwegverpackungen bundesweit bis zu 150.000 Arbeitsplätze gefährdet.^{vii}

Bis 2025 wollen wir eine verbindliche Mehrwegquote von mindestens 80 Prozent erreichen. Dafür muss die Bundesregierung das Pfandchaos beenden, das die Verbraucher*innen seit Jahren an den Rücknahmeautomaten der Supermärkte nervt. Wir wollen die Pfandsysteme so vereinheitlichen, dass jeder Laden ab einer bestimmten Größe auch alle Flaschen zurücknimmt. Dazu gehört, das Pfandsystem auf alle Einweg-PET-Flaschen auszuweiten – die vielen Ausnahmen sorgen nur für Verwirrung. Durch Klarheit für die Verbraucher*innen schaffen wir bessere Sammel- und Verwertungsquoten für Einwegflaschen.

Wir wollen ein Bundesprogramm auflegen, das nationale und regionale Mehrweg-Projekte fördert. Dazu schlagen wir eine Lenkungsabgabe auf Einweggetränkeverpackungen vor, die dem Handel weitere Anreize bietet, vermehrt Mehrwegverpackungen zu verkaufen

Wir brauchen zudem eine deutlich bessere Kennzeichnung von Getränkeverpackungen. Beim Einkauf muss jeder sofort auf dem Etikett erkennen können, ob es sich um eine Mehrweg- oder Einwegverpackung handelt. Denn heute ist kaum ersichtlich, dass viele Pfandflaschen unökologische Einwegflaschen sind.

3. NEUSTART DER ENTSORGUNGSSYSTEME FÜR EINE ECHE KREISLAUFWIRTSCHAFT

Wir wollen endlich den Schritt in eine echte Kreislaufwirtschaft machen. Dabei kommt es nicht nur darauf an, möglichst viel zu recyceln, sondern auch möglichst hochwertig und ohne Schadstoffe. Das neue Verpackungsgesetz zeigt zwar erste Ansätze für ökologischere Verpackungen, mehr Recycling und bessere Überwachung auf. Insgesamt ist es aber unzureichend, denn die Anreize für Abfallvermeidung und hochwertiges Recycling bleiben schwach.

Wir wollen, dass die Recyclingwirtschaft noch mehr Wertstoffströme erfasst und hochwertiges Recycling weiter ausbaut, anstatt auf die „thermische Verwertung“ zu setzen. Denn heute wird nur ein kleinerer Teil des Plastikmülls in Deutschland tatsächlich recycelt, über 60 Prozent landen in Müllverbrennungsanlagen.^{viii} Zwar steigt mit dem Verpackungsgesetz die Recycling-Quote für Kunststoffe von heute 36 Prozent auf 63 Prozent in 2022. Doch wie bisher bleibt dies eine Schummel-Quote, die nur misst was aus der Müllsammlung zum Recyceln herausgeholt wird und nicht, was tatsächlich wiederverwertet wird. So kann alles, was kompliziert zu recyceln ist, weiterhin verbrannt werden. Die aktuellen Zielvorgaben des Verpackungsgesetzes müssen tatsächlich messen, wie viele Wertstoffe wieder im Kreislauf geführt werden. Darüber hinaus wollen wir die Quoten selbstlernend ausgestalten, so dass sie sich automatisch an die beste Recyclingtechnik und die Ergebnisse der besten Entsorger am Markt anpassen.

Die ineffiziente, intransparente und krisengeschüttelte Struktur der Dualen Systeme wird mit dem neuen Verpackungsgesetz zementiert. Wir Grüne sehen weiterhin die Notwendigkeit für einen Neustart der Entsorgungssysteme. Für eine echte Kreislaufwirtschaft brauchen wir eine deutschlandweite Sammlung aller Wertstoffe, also auch der „Nichtverpackungen“ aus Kunststoff und Metall wie etwa Bratpfannen oder Plastikspielzeug. Eine Wertstofftonne soll die bisherigen Gelben Säcke und Gelben Tonnen ersetzen. So könnten zusätzlich zu den Verpackungsabfällen bis zu 450.000 Tonnen mehr Wertstoffe für das Recycling erfasst werden. Die Verantwortung für die Sammlung der Wertstoffe wollen wir den Kommunen übertragen. Sie sollen entscheiden können, ob sie die Sammlung der Wertstoffe selber übernehmen oder diese in einem transparenten Verfahren ausschreiben. Die Kommunen werden so in die Lage versetzt, die Entsorgung von Wertstoffen bürgernah zu organisieren und zu kommunizieren.

Die mit dem neuen Verpackungsgesetz ins Leben gerufene Zentrale Stelle hat den Auftrag bekommen, die Lizenzentgelte nach ökologischen Kriterien neu zu ordnen. Unser Ziel ist es, die bisherigen Lizenzentgelte zu einer Ressourcenabgabe weiterzuentwickeln, die einen klaren Anreiz für Abfallvermeidung, recyclingfreundliches Design, sparsamen Rohstoffeinsatz sowie die Weiternutzung von Wertstoffen gibt. Diese Ressourcenabgabe wollen wir mit einer Bonus-Komponente ausstatten, die zum Beispiel besonders ökologische Verpackungen belohnt.

4. NEUES LEVEL IM ÖKODESIGN: RECYCLINGFÄHIGKEIT VERBESSERN UND EINSATZ RECYCLER STOFFE ERHÖHEN

Eine echte Kreislaufwirtschaft braucht geschlossene Stoffkreisläufe. Davon sind wir in Deutschland aber noch weit entfernt. Oft reicht die Recyclingqualität nicht aus, um eine hochwertige Weiterverarbeitung zu ermöglichen. Um das zu ändern, wollen wir die Kreislaufwirtschaft bereits im Produktdesign verankern und unterstützen die Vorschläge der EU-Kommission dazu im Rahmen ihrer Plastikstrategie. Wir wollen, dass Deutschland Vorreiter wird und sich dafür einsetzt, das EU-Ökodesign auf ein neues Level zu heben.

Darüber hinaus wollen wir echte Wiederverwendungskreisläufe stärken und neue Absatzmärkte für hochwertige Sekundärrohstoffe schaffen. Unser Ziel ist, dass bis 2030 alle Plastikprodukte zu mindestens 50 Prozent aus recycelten Kunststoffen bestehen. Damit etwa aus

Lebensmittelverpackungen wieder neue Lebensmittelverpackungen entstehen, wollen wir die Kunststoffe in hochwertigen Stoffkreisläufen führen. Dazu muss schon der Stoffinput in die Sortier- und Recyclinganlagen deutlich hochwertiger sein und klaren ökologischen Qualitätsstandards entsprechen.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir, dass die EU-Kommission in ihrer Plastikstrategie das Ziel ausgibt, dass bis 2030 alle auf dem EU-Markt in Verkehr gebrachten Kunststoffverpackungen wiederverwendbar sind oder kosteneffizient recycelt werden können. Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass hier alle Kunststoffprodukte und nicht nur Verpackungen berücksichtigt werden sollten. Zur Verbesserung der Recyclingfähigkeit gehört auch, dass der Einsatz von Zusatzstoffen wie Weichmachern reguliert und Druckfarben oder Klebstoffe für Recyclingprozesse optimiert werden. Allein in einem Joghurtbecher aus Plastik stecken über 100 Chemikalien, die hochwertiges Recycling verhindern.

Wichtig ist, dass der Staat verbindliche Qualitätsanforderungen und Mindeststandards für recycelte Kunststoffe definiert und dabei insbesondere Gesundheitsaspekte berücksichtigt. Denn erst wenn sich Plastikhersteller und Kunststoff verarbeitende Betriebe darauf verlassen können, dass recyceltes Plastik unbedenklich und ohne Qualitätsverlust verwendet werden kann, entwickelt sich dafür ein Markt. In modernsten Recyclinganlagen ist das technisch bereits möglich, hieran müssen sich die Standards orientieren.

Bund, Länder und Kommunen müssen schon jetzt mit gutem Beispiel vorangehen und bei der öffentlichen Beschaffung und Auftragsvergabe gezielt auf den Einsatz von Recyclingmaterialien setzen. Hier wollen wir die Chancen der Digitalisierung nutzen, um Transparenz entlang der gesamten Wertschöpfungskette und eine bessere Nachverfolgbarkeit von Produkten zu schaffen.

Biobasierte und kompostierbare Kunststoffe sind kein Patentrezept, um die Plastikvermüllung unserer Umwelt zu bekämpfen. In der Natur sind viele dieser Stoffe bis jetzt genauso wenig abbaubar wie herkömmliches Plastik. Grundsätzlich sollte Plastikmüll deshalb niemals in der Umwelt entsorgt werden. Mit klaren Standards und Kennzeichnungspflichten wollen wir die Auswirkungen und Risiken biobasierter und kompostierbarer Kunststoffe transparent machen. Erforschung und Entwicklung innovativer Materialien, die sich in der Natur tatsächlich vollständig abbauen und in der bestehenden Verwertungsinfrastruktur problemlos recycelt werden können, unterstützen wir.

5. INNOVATIONEN VORANTREIBEN, PLASTIK-SUBVENTIONEN BEENDEN

Plastik ist ein wertvoller Werkstoff und sollte nicht künstlich billig gehalten werden. Wir wollen, dass die Plastikpreise die ökologische Wahrheit sagen und Anreize für einen wertschätzenden Umgang mit unseren Ressourcen schaffen. Der wichtige Werkstoff Plastik darf nicht zum Wegwerfprodukt verkommen. Dies ist heute aber der Fall, denn über 50 Prozent des Plastiks wird als Verpackung und Einwegartikel eingesetzt. Anders als bei der Energieerzeugung fällt bei der stofflichen Nutzung von Erdöl und Erdgas für die Herstellung von Plastik keine Energiesteuer an, dadurch verliert der Staat jährlich 780 Millionen Euro.

Wir wollen diese indirekte Subvention von immer höheren Bergen aus neu produziertem Plastik abschaffen und damit unter anderem den Aufbau eines Deutschen Recycling-Instituts finanzieren. Eine solche Forschungseinrichtung könnte auf Dauer die Grundlagenforschung im Bereich der Kreislaufwirtschaft voranbringen und national wie international weithin sichtbare Impulse für eine nachhaltige Ressourcennutzung geben. Darüber hinaus wollen wir die bestehende Forschung an Universitäten, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Ressortforschung in den Bereichen Kreislaufwirtschaft und Umweltgesundheit ausbauen und stärken. So fördern wir die Entwicklung hochwertiger Recyclingmethoden, schaffen die Grundlagen für innovatives Ökodesign für vollständig

recyclingfähige und schadstofffreie Produkte und schleusen vorhandene Giftstoffen aus dem Stoffkreislauf aus. Die Forschung ist dabei inter- und transdisziplinär anzulegen, sodass neben naturwissenschaftlich-technischen Perspektiven auch Fragen nach einer Transformation der Wirtschaftskreisläufe, den gesellschaftlich-politischen Umsetzungsbedingungen sowie sozialen Innovationspotentialen beleuchtet werden.

6. EINTRÄGE VON MIKROPLASTIK IN UNSERE UMWELT STOPPEN

Die zunehmende Belastung der Natur mit Mikroplastik selbst an den entlegensten Orten dieser Erde ist besorgniserregend und alarmierend. Auch in Deutschland wird Mikroplastik fast flächendeckend in Flüssen und Böden gefunden. Im Sinne des Vorsorgeprinzips müssen wir jetzt handeln und den Eintrag von Mikroplastik in unsere Umwelt beenden. Wir fordern, dass die Bundesregierung endlich dem Beispiel Schwedens folgt, und Mikroplastik in Kosmetika und Körperpflegeprodukten verbietet. Ein solches Verbot muss feste Plastikpartikel genauso wie flüssige oder wachsartige Kunststoffe umfassen.

Wir wollen auch den Eintrag von Mikroplastik über Kompost oder Gärreste aus Biogasanlagen auf Böden und in Gewässer stoppen. Dafür braucht es eine deutliche bessere Bioabfallsammlung und mehr Aufklärung, damit Bioabfälle endlich in allen Kommunen sauber getrennt werden und kein Plastik mehr im Biomüll landet. Um auch nach der Kompostierung oder Vergärung dafür Sorge zu tragen, dass kein Plastik in die Umwelt kommt, müssen in allen Kompost- und Biogasanlagen technische Verfahren zur Plastikbeseitigung zum Einsatz kommen. Zudem fordern wir strengere Grenzwerte in der Düngemittelverordnung und eine bessere Kontrolle.

So wäre es nicht länger möglich, dass jährlich Plastikpartikel im Umfang von rund 122 Millionen Plastiktüten und 24 Millionen Kunststoffgießkannen ganz legal über den Kompost in Gärten und auf Äckern verteilt werden dürfen. Weil sich auch in den Klärschlämmen große Mengen an Plastik befinden, wollen wir die Ausbringung von Klärschlamm komplett beenden.

Mikroplastik baut sich in der Natur nicht oder nur sehr langsam ab und wirkt über lange Zeiträume schädlich für Mensch und Umwelt. Wir unterstützen daher ausdrücklich eine EU-weite Beschränkung der Verwendung von absichtlich hinzugesetztem Mikroplastik (wie z.B. in Kosmetika), wie von der EU-Kommission angestrebt. Darüber hinaus wollen wir unabhängige Forschung fördern, um die Auswirkungen von Mikroplastik auf Umwelt und menschliche Gesundheit besser bewerten zu können.

7. GLOBALES ABKOMMEN GEGEN DIE WELTWEITE VERMÜLLUNG UNSERER UMWELT

Die wachsende Vermüllung der Umwelt und der Meere mit Plastik ist ein globales Problem, für das wir internationale Lösungen finden müssen. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich an die Spitze der internationalen Bewegung zu setzen und die Ansätze in der G20 und G7 zur Reduzierung von Meeressmüll intensiv voranzutreiben, regional umzusetzen.

Wir brauchen zusätzlich eine internationale Plastikkonvention unter dem Dach der Vereinten Nationen, um bis 2030 den Eintrag von Plastik und Mikroplastik in die Meere zu stoppen. Über unter diesem Dach getroffenen nationalen Zielvereinbarungen und länderspezifische Maßnahmenprogramme können alle Staaten ihren Beitrag zum Schutz der Meere leisten und Plastikmüll reduzieren.

-
- ⁱ Jenna R. Jambeck (2015), SCIENCE <http://www.marviva.net/plasticos-web/science-2015-Jambeck-768-71.pdf>
- ⁱⁱ <http://www.igb-berlin.de/news/unterschaetzte-gefahr-mikroplastik-auf-dem-trockenen-sowie>
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/024/1902451.pdf>
- ⁱⁱⁱ <http://publica.fraunhofer.de/documents/N-497117.html>
- ^{iv} "Schadet Mikroplastik bald Badegästen?" Stuttgarter Zeitung, Seite 14, 06.08.2018
- ^v <http://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371%2Fjournal.pone.0200574>
- ^{vi} <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/verpackungsverbrauch-in-deutschland-weiterhin-sehr>
- ^{vii} https://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/Projektinformation/Mehrwegschutz/Mehrweg_ist_Klimaschutz/Kampagne_2017/180717_Warum_Mehrweg_der_beste_weg_ist_01.pdf
- ^{viii} <https://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/kunststoff-das-maerchen-vom-recycling-meister-deutschland/20897740.html> und <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/plastikmuell-exportstopp-von-plastik-fuehrt-zu-verbrennungsexzess-a-1197297.html>